

Deutschland hatte bislang eines: Glück

Wie sind die Geheimdienste aufgestellt, um hierzulande die Sicherheitslage zu beurteilen und Anschläge zu verhindern?

**DIRK BANSE, FLORIAN FLADE
UND UWE MÜLLER**

Es war Freitag, der 13. November, als der Bundestagsabgeordnete André Hahn eine Pressemitteilung mit einer denkwürdigen Botschaft verschickte. „Geheimdienste sind Fremdkörper einer Demokratie“ war sie betitelt. Der sächsische Linke-Politiker, der derzeit den Vorsitz des Parlamentarischen Kontrollgremiums für die deutschen Nachrichtendienste hat, beklagte darin, dass sich die Geheimdienste „nur sehr eingeschränkt“ kontrollieren ließen. Sie müssten „deswegen überflüssig gemacht beziehungsweise aufgelöst werden“. Als Hahn dies formulierte, konnte er nicht ahnen, dass Europa kurz darauf von einem der größten Anschläge der jüngeren Geschichte getroffen werden würde.

Geheimdienste konnten die Attentate von Paris nicht verhindern. Gewiss ist aber auch: Ohne die Arbeit der Geheimdienste hätte es weitaus mehr Terrorattacken gegeben. Gerade in Deutschland. Nur einem Einzeltäter, dem aus dem Kosovo stammenden Arid Uka, gelang 2011 ein islamistisch motivierter Anschlag. Er erschoss auf dem Frankfurter Flughafen zwei US-Soldaten.

Allerdings gilt es auch

als ausgemacht, dass Deutschland bislang vor allem eines hatte: Glück. Und dass manche geplanten Anschläge allein deshalb vereitelt werden konnten, weil ausländische Geheimdienste Informationen lieferten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie gut die deutschen Nachrichtendienste für den Kampf gegen den Terror aufgestellt sind. Wer mit den Verantwortlichen im Bundesnachrichtendienst (BND) und im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) spricht, hat mit Blick darauf zuletzt vor allem eine Botschaft zu hören bekommen: Im Vergleich zu den Amerikanern, Briten und Franzosen seien die Deutschen personell, finanziell und technisch weitaus schlechter ausgestattet.

Hinzu kommt in der Bundesrepublik ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber der Arbeit der Geheimdienste. Bei BND und BfV wächst die Sorge, dass die umfangreichen Zuarbeiten für zahlreiche Untersuchungsausschüsse und Anfragen von Parlamentariern die eigentliche Arbeit behindern. „Kontrolle und Transparenz der Dienste sind angesichts zweier Diktaturen auf deutschem Boden zwar geboten. Doch in letzter Zeit hat das überhand genommen“, sagte ein Behördenchef erst kürzlich in einem Hintergrundgespräch.

Der Nachrichtendienstler beklagte darüber hinaus, dass immer häufiger als geheim eingestufte Dokumente aus Ausschüssen und Gremien an die Öffentlichkeit gelangten. Ausländische Partnerdienste würden inzwischen vorsichtiger bei der Übermittlung ihrer eigenen In-

formationen an die Deutschen sein. Und das bedeute eine Schwächung der Sicherheitslage.

Der Abgeordnete Hahn von der Linken vertritt da eine völlig andere Auffassung. Seine Fraktion hat jetzt dem Bundestag einen Text zur Beschlussfassung vorgelegt. Darin heißt es, die Dienste hätten eine Eigendynamik entwickelt, die eine Kontrolle durch das Parlament de facto unmöglich mache. „Unter dem Deckmantel des sogenannten Antiterrorkampfes geht in vielen Fällen die Rechtsstaatlichkeit verloren“, behauptet Hahn.

Der Antiterrorkampf als Deckmantel? Nach den Anschlägen von Paris werden viele Bürger dieser Argumentation vermutlich nur wenig abgewinnen können. Bundesregierung und Parlament haben zuletzt die Weichen denn auch anders gestellt. So bekommen BND und BfV zusammen knapp 500 neue Stellen zugesprochen. Davon entfällt ein Gutteil auf die Terrorabwehr. Doch selbst nach der Aufstockung des Personals werden die deutschen Dienste im internationalen Vergleich von eher zwerghafter Statur sein.

Der Auslandsgeheimdienst mit seinen gut 6500 Mitarbeitern hat einen Jahresetat von etwa 615 Millionen Euro. Nur ein Bruchteil davon erhält die auch für die Aufklärung von Terrorstrukturen wichtige BND-Abteilung Technische Aufklärung mit schätzungsweise 1000 Mitarbeitern. Für diese Aufgabe gibt es in Amerika mit der NSA eine eigene Behörde, die 38.000 Mitarbeiter beschäftigt und einen Jahresetat von mehr als zehn Milliarden Dollar hat. Allein der

britische Abhördienst GCHQ zählt mehr als 5000 Mitarbeiter. Sein Etat beträgt mehrere Hundert Millionen Euro. In den vergangenen Wochen wurde ein alter Vorschlag neu diskutiert, der durch die Pariser Ereignisse noch beflügelt werden könnte. Die Rede ist von einem gemeinsamen Technikzentrum der deutschen Dienste. In Großbritannien, Frankreich oder Schweden ist ein solches Zentrum für mehrere Dienste längst Realität.

Welche Bedeutung der Kommunikationsüberwachung zukommt und wo ihre Grenzen im Kampf gegen den Terror sind, hat Paris gezeigt. Die Attentäter, die Verbindungen nach Belgien unterhielten, hatten ihre Taten offenbar von langer Hand geplant. Dazu müssen sie sich untereinander intensiv ausgetauscht haben. Doch nach allem, was man bisher weiß, haben die französischen Dienste von dieser Kommunikation ebenso wenig mitbekommen wie die global agierenden Amerikaner. Potenzielle Täter finden inzwischen immer mehr verschlüsselte Kommunikationswege, um sich unbemerkt auszutauschen. In den USA läuft bereits eine Debatte, in der Ex-NSA-Mitarbeiter Edward Snowden eine Mitschuld daran gegeben wird, dass die

Anschlagsplanungen in Frankreich nicht erkannt wurden. Durch seine Enthüllungen seien operative Methoden von Geheimdiensten offengelegt worden. „Die Terroristen haben Snowden gelesen und wissen, dass sie Smartphones nicht benutzen dürfen“, sagte ein Terrorismusexperte dem Sender CNN. Bei den deutschen Nachrichtendiensten geht angesichts ihrer bescheidenen Ausstattung längst die Sorge um, der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus nicht mehr gewachsen zu sein. „Um die neusten Verschlüsselungstechnologien knacken zu können, müsste enorm investiert werden“, sagt ein Nachrichtendienstler.

Die Abwehr von terroristischen Attentaten ist freilich nicht allein Aufgabe der Dienste. Auch der Polizei auf Bund- und

Länderebene kommt eine große Bedeutung zu. In Deutschland ist Polizei in erster Linie Ländersache; nach Meinung von Fachleuten sind einige Behörden hier jedoch nicht gerade gut aufgestellt. Hinzu kommt die infolge des Föderalismus dezentrale und schwierig zu koordinierende Struktur.

Aufgerüstet wird immerhin bei der Bundespolizei. Sie erhält neben der bestehenden Antiterrorereinheit GSG 9 eine neue gut ausgestattete Truppe, die sich gezielt auf terrorbedingte Ausnahmesituationen vorbereiten soll. Zum jetzigen Zeitpunkt, so die Befürchtung, würde es massenhaft tote Polizisten geben, wenn diese in eine Schlacht mit Terroristen ziehen würden. Für das Bundeskriminalamt (BKA) hat die Politik etwa 200 zusätzliche Stellen bewilligt – auch mit Blick auf die stetig wachsende salafistische Szene. Doch die Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden sind gigantisch: Polizei und Verfassungsschutz müssten pro Gefährder mindestens 25 Sicherheitsbeamte zur Bewachung bereitstellen. Die Zahl der Gefährder wird auf 420 beziffert. Mithin müssten sie allein für diese Aufgabe mehr als 10.000 Leute binden.